

# Alltagsfragen sind keine Nebensache

Viele Anfragen in den Wahlversammlungen - Universitätsgewerkschaftsleitung gibt Antwort - UZ wird verfolgen, wie Hinweise beherzigt werden

Kollegen der Medizinischen Fakultät fragten, wieviel Ferienplätze in diesem Jahr für Universitätsangehörige zur Verfügung ständen und nach welchen Prinzipien sie verteilt wurden.

In diesem Jahr standen uns rund 1000 Ferienplätze in 1150 Ferienheimen zur Verfügung. Wir legen großen Wert auf die richtige Verteilung dieser Plätze. Unseres Erachtens sind dabei folgende Momente besonders zu berücksichtigen: Da diese großzügigen Erholungsmöglichkeiten durch den operativen Kampf der Arbeiterklasse und allen anderen fortschrittlichen Kräften möglich war, sollten die Kollegen vor allem Ferienplätze erhalten, die sich durch aktives Eintreten für den gesellschaftlichen Fortschritt auszeichnen. Darüber hinaus muß bei der Verteilung von Ferienplätzen auf soziale Belange und auf schwere oder gesundheitsschädigende Arbeit Rücksicht genommen werden. Wir sind der Ansicht, daß diese beiden Kriterien oft nicht richtig beachtet werden.

Eine Änderung dieses Zustandes wird nur dann möglich sein, wenn in den Gewerkschaftsgruppen über jeden einzelnen Ferienantrag offen beraten wird. Die AGI haben von uns den Auftrag, regelmäßig zur Arbeit des Ferienendienstes Stellung zu nehmen und über die Vorschläge der Gewerkschaftsgruppen zu beschließen. Durch Ausweg sollte allen Kollegen bekanntgegeben werden, wie die Ferienplätze verteilt werden. Nur wenn alle Kollegen in die Diskussion über die Verteilung der Ferienplätze einbezogen werden, ist es möglich, daß unsere demokratischen Prinzipien auch auf diesem Gebiet allseitig durchgesetzt werden.

Wird die Gewerkschaft helfen, um im größeren Maße in die sozialistischen Länder fahren zu können? - Das interessierte Kollegen der Philosophischen Fakultät.

Die engen freundschaftlichen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten ermöglichen es uns in steigendem Maße, unseren

Nach dem III. Kongreß der Nationalen Front in Berlin haben an unserer Universität zahlreiche Gewerkschaftsgruppenversammlungen stattgefunden, in denen Volkskammer- und Bezirksstadtskandidaten den Wahlauftrag erläuterten. In diesen Versammlungen, seit dem Tag der Universität wurden über 300 gezählt, standen die Sicherung des Friedens und die allseitige Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates im Mittelpunkt der Diskussionen. Neben Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeit kamen auch gewerkschaftliche und soziale Fragen zur Sprache. Die Redaktion der „Universitätszeitung“ bat die Universitäts-Gewerkschaftsleitung, zu einigen Fragen, die von allgemeinem Interesse sind, Stellung zu nehmen.

Kollegen fragen in das sozialistische Ausland zu verreisen. Die bisherige Praxis, durch die UGL und durch den Förderungsausschuss Vormerkungen für solche Reisen auszugeben, kann nicht mehr befriedigen. Nach unserer Meinung müßte die Gewerkschaft feste Kontingente erhalten. Dann kann es auch nicht mehr passieren, wie es in diesem Jahr geschehen ist, daß wir Auslandsreisen angeboten bekommen, die aber wegen der kurzfristigen Terminstellung von uns nicht in Anspruch genommen werden konnten. Es ist natürlich klar, daß Auslandsreisen schon wegen der langen Reisezeiten teurer sind als unsere üblichen Ferienreisen. Wir werden uns jedoch dafür einsetzen, daß von den dafür zuständigen Stellen verstärkt auch Reisereisen ausgearbeitet werden, die relativ billig sind. Viele Kollegen wären bestimmt damit einverstanden, daß solche Reisen mit einem geringen Aufwand gestaltet werden. Uns erscheint es notwendig, Touristikreisen, die bisher im wesentlichen für Jugendliche durchgeführt wurden, in stärkerem Maße für alle Kollegen zu veranstalten.

Welche Maßnahmen will die Universitäts-Gewerkschaftsleitung ergreifen, um schnell eine Verbesserung des Werkkochenens zu erreichen? Diese Frage stellten Kollegen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und vieler anderer Fakultäten.

Für viele unserer Kollegen ist das Werkkochenessen zu ihrer Hauptnahrung geworden. Es ist also verständlich, daß unsere Kollegen mittags ein ausreichendes, geschmackvolles und nahrhaftes Essen verlangen. Diese wichtige Forderung wird unseres Erachtens noch nicht immer und überall erfüllt. Die Gewerkschaft vertritt gegenwärtig wieder, durch einen Wettbewerb zur Verbesserung der Qualität des Essens, an dem sich die einzelnen Werkkochenstellen, hier eine Änderung zu erreichen.

Unsere Arbeiter und Angestellten in den Werkkochenstellen machen große Anstrengungen, um den Kollegen ein besseres Essen anbieten zu können. Wir sind jedoch der Ansicht, daß von Seiten der einzelnen Küchenleitungen noch nicht genügend Anstrengungen unternommen werden, um das reichhaltige Angebot von Obst und Gemüse in genügendem Maße in den Küchenstellen einzubringen. Die verantwortlichen Verwaltungsstellen haben hier die Aufgabe, die einzelnen Werkkochenstellen zu organisieren. Schon mit diesen Maßnahmen könnten viele berechtigte Beschwerden der Kollegen beseitigt werden.

Wir meinen auch, daß es höchste Zeit wird, die einzelnen Speisereime besser einzurichten, dazu gehören z. B. überdeckte Tische. Das Essen aus tiefen Tellern entspricht doch wohl auch nicht unseren Bedürfnissen.

Eine besondere Schwierigkeit in unserer Werkkochenversorgung liegt in der großen Zersplitterung der einzelnen Universitäts-einrichtungen. Wir sind daher gezwungen, das in einigen Großküchen hergestellte Mittagessen zu den einzelnen Ausgabestel-

len in Thermoskübelen zu transportieren. Dadurch wird natürlich die Qualität des Essens beeinträchtigt.

Wir bemühen uns gegenwärtig, das Transportieren des Essens mehr und mehr einzuschränken. So werden z. B. die Kartoffeln jetzt im „Weinhaus Sturm“ selbst gekocht. Es ist weiterhin vorgesehen, Anfang 1958 eine Gaststätte in der Stadtmitte durch die Universität zu übernehmen.

An Zuwendungen für das Werkkochenessen werden ausgeben: Staatszuschuß 204 000 DM (0,25 DM je Portion), Prämienfonds 72 000 DM, zur Deckung von allgemeinen Kosten aus Universitätshaushalt 100 000 DM.

In anderen Versammlungen der Philosophischen Fakultät wurde die Frage gestellt: Wann werden die leeren Betriebsarztstellen der Universität besetzt?

Trotzdem die Universitäts-Gewerkschaftsleitung und auch der Bezirksvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft sich mehrere Male mit diesem Problem beschäftigten und unter anderem den Verwaltungsdirektor unserer Universität wiederholt darauf hinwiesen, die zur Verfügung stehenden Betriebsarztstellen zu besetzen, ist dieses bisher nicht geschehen. Unsere anfängliche Konzeption, eine eigene Poliklinik einzurichten, erwies sich als nicht durchführbar. Zur Zeit müßte unseres Erachtens folgende Lösung angestrebt werden:

1. Es ist ein hauptamtlicher Betriebsarzt einzustellen. Den Auftrag hat hierfür der ärztliche Direktor der Medizinischen Fakultät, Prof. Dr. Geblicke, erhalten. Mit Hilfe des Betriebsarztes würde sich zum Beispiel die Tätigkeit der Sozialversicherungskommission in der Gewerkschaft bedeutend verbessern können.

2. An der Medizinischen Fakultät sind Aerzte für die nebenamtliche Tätigkeit zu gewinnen. Sie könnten dann regelmäßig ihre Sprechstunden für die Angehörigen unserer Universität, vielleicht in der Zeit zwischen 16 und 18 Uhr in der Zentralen Poliklinik in der Härtelstraße, durchführen. Die Gesamtverantwortung hierfür könnte unseres Erachtens der Betriebsarzt übernehmen. Besonderer Wert müßte auf die Gewinnung von Fachärzten für Frauenheilkunde und für Innere Medizin sowie auf zahnärztliche Betreuung gelegt werden.

Kann man jetzt noch der Arbeiterwohnungsbaugesellschaft der Universität beitreten? - wollten Kollegen der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät wissen.

Nachdem unsere AWG ihre Anfangsschwierigkeiten überwunden hat, - nicht zuletzt durch die aktive Arbeit ihrer 140 Mitglieder - geht nun die Bautätigkeit gut voran. Zur Zeit ist ein Wohnblock mit vierzig 2½-Zimmer-Wohnungen im Bau (Mietpreis etwa 45 DM). Zwei weitere Blöcke werden projektiert. Mit ihrem Bau wird Anfang des nächsten Jahres begonnen. Es handelt sich dabei um 48 Zweieinhalb-, acht Einseihalb- und 24 Einzimmer-Wohnungen. Nach Ansicht des Vorstandes der AWG ist damit zu rechnen, daß sämtliche Wohnungen 1959/1960 bezugsfertig werden. Damit können fast alle Mitglieder unserer AWG noch im nächsten Jahr eine neue Wohnung erhalten. Es ist erklärlich, daß unsere AWG großen Wert darauf legt, neue Mitglieder zu gewinnen. Diese Kollegen können nach Ansicht des Vorstandes der AWG damit rechnen, daß sie bis 1961 eine Wohnung erhalten.

Gegenwärtig werden noch Inpresenien für acht Einzimmerwohnungen, die Küche und Duschraum einschließen, für den dritten Bauabschnitt 1959 gesucht. Mitglieder der AWG kann jeder Angehöriger unserer Universität werden. Die finanziellen Eigenleistungen hängen entsprechend der Wohnungsgröße zwischen 1300 und 2400 DM. Sie sind entsprechend dem Statut in monatlichen Raten, die sich nach dem Einkommen der Mitglieder staffeln, zu zahlen. Dabei wird bei Verheirateten das Gesamteinkommen zugrunde gelegt. Die Mindestsätze für die Raten liegen zwischen 20 und 100 DM. Für die größten Wohnungen sind 500 Aufbaustunden zu leisten.

## Verpflichtungen zu Ehren der Wahl - Bausteine des Sozialismus

- Kollege Peter Möblius, Elektriker, verpflichtete sich, drei Jahre Ehrenamt in der Volkspolizei zu leisten.
  - Die Teilnehmerinnen einer Frauenversammlung der Historischen Institute und der Theologischen Fakultät erklärten sich bereit, die Ausschüsse der Nationalen Front zu unterstützen und ihre Wohnungen für Hausversammlungen zur Verfügung zu stellen.
  - Prof. Dr. Markov schloß sich der Verpflichtung der Parteigruppe des Instituts Geschichte der Neuzeit an, zwei Hausversammlungen zu organisieren, das Wohnhaus zu schmücken und am Wahltag bis 9 Uhr zu wählen.
  - Kollegen der Bauleitung wollen im freiwilligen Einsatz Möbel für die neue baute Blutspenderbaracke transportieren.
  - Kollegen der Chirurgischen Klinik unter Leitung von Prof. Dr. Schleiter halten beim Enthören der Rinder in der LPG Krippelna.
- Die Fakultäts-Gewerkschaftsleitung der Medizinischen Fakultät ruft alle Gewerkschafter der Universität auf, den Wettbewerb zu Ehren der Volkswahlen bis zum Jahresende fortzuführen, um die Aufgaben, die der V. Parteitag stellte, besser erfüllen zu können.

## Um so bewußter und gewichtiger wird die Entscheidung sein

Diese Zeitung erscheint, und nur noch wenige Stunden verbleiben bis zur Wahl. Ueber eine Frage nachzudenken, die im Marxistischen Kolloquium des Lehrkörpers unserer Universität aufgeworfen wurde, erscheint geeignet, diese unsere Wahlen der Volkskammer und der Bezirksstadts in einer weiteren Sicht zu beleuchten, als sie mancher in den vergangenen Wochen gehabt hat.

Die Frage lautet: Worin besteht der Hauptwiderspruch in Deutschland?

Auf diese Frage hat die SED durch ihren V. Parteitag in schöpferischer Weise geantwortet. In den Dokumenten des Parteitags - im Bericht des Zentralkomitees, im Referat Walter Ulbrichts sowie im Beschluß - wird dargelegt, daß der Grundwiderspruch, der die heutige Entwicklung in Deutschland bestimmt, im Gegensatz zwischen den friedliebenden Kräften des deutschen Volkes und den militaristischen Kräften besteht, der ein Ausdruck des tiefen antagonistischen Widerspruchs zwischen der gesellschaftlichen Produktion und dem privatkapitalistischen Eigentum an Produktionsmitteln in Westdeutschland und der Existenz des Volkseigentums in der Deutschen Demokratischen Republik ist. Es kann nur befürwortet werden, wenn sich die Angehörigen unserer Universität über diese Tatsache immer wieder Rechenschaft ablegen, weil sie sich dadurch feien gegen die Lügenkammpanie der Bonner psychologischen Krieger, die den Imperialismus als Hort der Freiheit anpreisen. Wer den Inhalt des Hauptwiderspruchs in Deutschland begriffen hat, befähigt sich damit zugleich, alles, was er tut oder unterläßt, politisch richtig zu beurteilen.

Jetzt schreiten wir zur Wahl. Wir haben uns allein in unserer Karl-Marx-Universität in den letzten Monaten mit Dutzenden Kandidaten ausgesprochen und beraten. In vielen Fachrichtungen gibt es Beispiele dafür, daß auch bei uns - wie in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion - der Wahlkampf zum Stimulus fachlicher Leistungssteigerung wurde. Haben aber alle Universitätsangehörigen schon verstanden, welchen Beitrag unser Wahlkampf und unsere nun auch mit dem Stimmzettel zu vollendenden Wahlen zur Überwindung des Hauptwiderspruchs in Deutschland darstellen? Hat sich jeder überlegt, daß die Stärkung unserer Republik, die die Wahlbewegung der ganzen Bevölkerung hervorgebracht hat, die Kräfte des Volkes im Kampf für die Bändigung der Militaristen in Westdeutschland vermehrt?

Das zu tun und andere dabei zu unterstützen, ist der Rat der „UZ“ an ihre Leser in den Stunden vor Anbruch des Wahltags. Die Entscheidung aller für die Kandidaten der Nationalen Front wird um so bewußter und folglich umso gewichtiger sein.

Klaus Höpcke

## Fachliche und gesellschaftliche Arbeit verschmelzen

Parteiaktiv diskutierte über Verbesserung der wissenschaftlichen Arbeit

Das Parteiaktiv der SED-Parteiorganisation der Karl-Marx-Universität beriet am 4. November im Geschwister-Scholl-Haus, wie die vom V. Parteitag gestellte Aufgabe, die wissenschaftliche Arbeit allseitig zu verbessern, schneller erfüllt werden kann.

Genosse Heineke, Erster Sekretär der Universitäts-Parteileitung, stellte in seinem Referat eindeutig fest, daß die Universitätsangehörigen in den letzten Wochen große Anstrengungen unternommen haben, um die Wahlbewegung zu unterstützen. Dabei ist vielerorts richtig davon ausgegangen worden, daß Wahlvorbereitung in erster Linie bedeutet, mit ganzer Kraft das Kampfprogramm des Parteitages zu erfüllen und sichtbare Ergebnisse in Lehre, Forschung und Erziehung zu erzielen.

In zahlreichen Versammlungen der Gewerkschafts- und FDJ-Gruppen diskutierten die Universitätsangehörigen die Probleme des Kampfes um die Sicherung des Friedens in Deutschland und machten gleichzeitig Vorschläge zur Verbesserung ihrer Arbeit - ihr Beitrag zur Stärkung unserer Republik.

In gleicher Weise trugen die Aussprachen mit der medizinischen Intelligenz zur Klärung politischer Probleme bei. Genosse Heineke betonte, daß die Aerzte die Initiative des Politbüros, die richtige Durchführung der Politik von Partei und Regierung zu sichern, sehr begrüßen und offen ihre Fragen zur Sprache bringen. Aufgabe der Universitätsleitung ist es nun, einen Plan aufzustellen, wie die Mängel und Unvollkommenheiten überwunden werden sollen. Ueber die Verwirklichung des Planes

ist dann in aller Öffentlichkeit zu berichten. Alle diese Diskussionen bestätigen, sagte Genosse Heineke, daß die Aussprachen über politische Fragen nicht zufällig stattfinden dürfen, sondern ständig geführt werden müssen. Nur so ist bei allen Universitätsangehörigen Klarheit in allen Phasen des Volkenskampfes gegen den Bonner NATO-Staat zu erreichen. Klarheit nicht nur in den Reihen der Partei, sondern bei allen Universitätsangehörigen, ihr treudiger Wille zur Mitarbeit, betonte Genosse Heineke, sind Voraussetzung für die Erfüllung unserer; von der III. Hochschulkonferenz und dem V. Parteitag gestellten Ziele.

Die Werktätigen der Republik konzentrieren ihre Kräfte darauf, in kurzer Zeit die Ueberlegenheit unseres Staates gegenüber der Westzone auf allen Gebieten zu beweisen. Der Anteil der Universitäten bei der Erfüllung dieser historischen Aufgabe besteht darin, das wissenschaftliche Niveau in allen Disziplinen zu erhöhen, d. h. ein schöpferisches wissenschaftliches Leben zu entfalten, eine enge Verbindung zur sozialistischen Praxis herzustellen und durch fruchtbare theoretisch-ideologische Diskussionen die Disziplinen zu bereichern.

Um dieses schöpferische wissenschaftliche Leben zu entwickeln, sind z. B. in größerem Maße wissenschaftliche Tagungen zu veranstalten und häufiger wissenschaftliche Arbeiten zur Diskussion zu stellen. Es macht sich daher notwendig, einen Tagungskalender der Universität herauszugeben, um Wissenschaftler und Praktiker für den Gedankenaustausch zu interessieren.

Als Beispiele für die gute Verbindung zur sozialistischen Praxis hob Genosse Heineke die Pläne der Veterinärmedizinischen und Landwirtschaftlichen Fakultät hervor. Er regte an, überall solche Verbindungen zur sozialistischen Praxis zu schaffen, um so die gesellschaftliche und fachliche Arbeit zu verschmelzen.

Genosse Heineke erinnerte an die Traditionen der Universität auf dem Gebiet der Grundlagenforschung und forderte auf, keine Vernachlässigung dieser Disziplinen zuzulassen, da sie für Wissenschaft und Wirtschaft von größter Bedeutung sind. Die Verbindung zu den VVB muß ebenfalls enger werden, um eine schnelle Nutzbarmachung der Forschungsergebnisse zu erreichen.

Nicht nur die Wissenschaftler, sondern ebenso die Studenten müssen beharrlich den Kampf um höhere wissenschaftliche Leistungen führen. Ein gutes Beispiel dafür sind die Anstrengungen der Journalisten, alle Verlustzeiten beim Studium auszusuchen. Inhalt der Kampf-bewegung muß überall sein, die Einheit von gesellschaftlicher und fachlicher Arbeit zu schaffen und so dazu beizutragen, Sozialisten und gute Fachleute zu erziehen.

Dem Referat schloß sich eine lebhaft diskutierte Diskussion an. Besonders interessant waren die Ausführungen des Genossen Mörvas vom Physikalischen Institut, der über die erfolgreiche Arbeit der Studien-gruppen berichtete, und der Beitrag des Genossen Handel, der kritisch zur Arbeit des Grundorganisation Slawisten Stellung nahm.

## Letzte Meldungen

In einem Tresor entdeckte Archivar Linder bisher unbekanntes Insignes einer Universität. Es handelt sich bei dem Fund neben alten Silberpokalen um ein Amtssiegel, bestehend aus den Siegeln aller deutschen Universitäten, und um ein silbernes Siegel der Universität aus dem Jahr 1332.

Um große Werte reicher wird unsere Universität durch die Uebergabe von Kisten mit Kunstgegenständen aus dem Altertum. Sowjetische Fachleute haben - wie alle kürzlich der DDR übergebenen Kunstschatze - bei Kriegsende sicher gestellt und vor der Zerstörung bewahrt. (Ausführliche Berichte in unserer nächsten Ausgabe.)

## Nach den Wahlen...

**Rektor Prof. Dr. Georg Mayer**  
„Nach meiner Wiederwahl wird mein besonderes Anliegen sein, Wählern die Politik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates noch umfassender und eindringlicher als bisher zu erläutern, um so das Bemühen von Partei und Regierung zu unterstützen, immer breitere Kreise in die Leitung von Staat und Wirtschaft einzubeziehen, um an unseren jungen Arbeiter-und-Bauern-Staat zu einer wahrhaften Volksdemokratie zu gestalten.“

**Prof. Dr. Josef Schleifstein**  
„Eigentlich wird es sich doch nur um die Weiterführung meiner bisherigen Arbeit handeln, auf höherer Ebene, und wohl auch in anderen Zusammenhängen, im Sinne, in der Volkskammer das wissenschaftliche und kulturelle Leben unserer Stadt und im Bezirk fördern und entwickeln zu helfen und die Interessen der Kulturschaffenden wahrzunehmen. Natürlich, wenn das noch betont werden muß, mit dem Ziel, den Aufbau des Sozialismus in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat mit ganzer Kraft zu fördern.“

**Prof. Dr. Hermann Bodzislowski**  
„Es gibt zwei Komplexe, mit denen ich mich schon seit sehr langer Zeit befaßt habe und denen ich mich auch als Abgeordneter widmen will. Der erste umfaßt die kulturpolitische Betätigung, und das nicht nur für die Intelligenz. Als Angehöriger des Bundesvorstandes der FDGB habe ich mich immer dafür eingesetzt, die kulturellen Möglichkeiten der unsere gesamte arbeitende Bevölkerung zu erweitern.“

Der zweite Komplex betrifft das Gebiet unserer internationalen Beziehungen. Das steigende Ansehen unserer Republik drückt sich nicht zuletzt darin aus, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern stetig erweitern. Als Vertreter der Gewerkschaft Wissenschaft im Exekutivkomitee der Weltföderation der Wissenschaftler habe ich an zahlreichen internationalen Beratungen teilgenommen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen hoffe ich im Rahmen unserer höchsten Volkserziehung nutzbar machen zu können. Inwiefern die Verbindungen der einzelnen Wissenschaftler und der wissenschaftlichen Institutionen mit denen des Auslandes verbessert werden helfen.“

**Prof. Dr. Johannes Leipold**  
„Die Wahlen zur Volkskammer und zu der Bezirksstadts können für den gewählten Abgeordneten nur verpflichtende Aufgabe sein, seine Arbeitskraft und Fähigkeit in den Dienst für Partei und Sozialismus zu stellen. Selbst wird es nicht nur auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Arbeit, sondern auch auf wissenschaftlichem Gebiet und im friedlichen Zusammenarbeiten und im Verständnis im nationalen und internationalen Maßstab, um Anerkennung unserer wissenschaftlichen und kulturellen Arbeit zu bemühen, sondern auch die wirtschaftlichen Maßnahmen unserer Regierung zu unterstützen; denn die friedliche und sozialisierende Zukunft zu fördern.“

Als Abgeordneter der Volkskammer werde ich mich bemühen, die weiteren Maßnahmen der Regierung bei jeder Gelegenheit zu erläutern, und mich auch besonders an die christliche Bevölkerung wenden; denn ihre Mitarbeit an der Friedensbewegung und am Sozialismus scheint mir vom Evangelium her geboten.

Darf ein Abgeordneter für die Wähler zu sprechen ist und ihre Aufträge wahrzunehmen, ist selbstverständlich. Aber wird nicht immer helfen können. Aber kann immer aufklären, kann die Sorgen der notwendigen Entscheidung nicht vergrößert werden. Und in nicht wenigen Fällen wird es ihm möglich sein, ein stütztes Ergebnis zu erzielen.“

**DIE REDAKTION**  
Karlheinz Niemeyer (Verantwortlicher Redakteur); Günther Lippold (Redaktionssekretär); Klaus Höpcke (Wissenschaft); Harry Pöhlmann (Parteileben); Karl Barth (Studentenleben); Rudolf Kluge (Gewerkschaftsleben); Hermann Wilmanns (Kultur); Uli Pfeiffer (Sport).  
Veröffentlicht unter der Lizenznummer 20/5 des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der DDR. Erscheint vierzehntäglich, Anzeigen der Redaktion: Leipzig C 1, Bismarckstr. 10, Telefon 4 43 34; Sekretariat App. 3 61, Bismarckstr. 10/33 bei der Stadt- und Kreisbibliothek Leipzig. - Druck: Leipziger Volkswirtschafts-Druckerei Leipzig C 1, Peterstraße 18. - Bestellungen nimmt jedes P.-amt entgegen. Nachdruck unter Quellenangabe gestattet.